

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Herr Minister, Sie haben uns darüber informiert, wie die touristische Nutzung der Tagebau^{den}~~e~~ vorankommt, die aus längst beendeten Tagebauen entstanden sind. Die Ergebnisse sind sehr erfreulich und zeigen, was man mit sehr viel Geld über einen langen Zeitraum erreichen kann. Es standen circa 10 Milliarden Euro für die Sanierung des DDR-Bergbaus zur Verfügung, circa 800 Millionen Euro davon kamen aus Sachsen. Auch in die Verbesserung des Folgenutzungsstandards ist noch einmal viel Geld geflossen.

Um für die heute aktiven Tagebaue ähnliche Standards zu erreichen, werden sicherlich solche Mittel nicht wieder zur Verfügung stehen, denn in der Bilanz der MIBRAG-Mutter sind circa 120 Millionen Euro für das gesamte mitteldeutsche Revier und in der Bilanz von Vattenfall sind circa 900 Millionen Euro für die gesamte Lausitzregion zurückgestellt.

Deshalb die Frage: Wie stellt sich die Staatsregierung die Sanierung und Folgenutzung der heutigen Tagebaue vor? Welche Standards sollen erreicht und wie soll das finanziert werden? Wo sind dafür im Haushalt die signifikanten Rückstellungen?

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Die Verantwortung für die Revitalisierung und die Renaturierung tragen die Energieunternehmen. Das ist ihre Hauptverantwortung. Wenn Sie sich die Verträge, die jetzt zwar nur im Detail einsehbar sind, in denen Sie aber zumindest nachlesen können, was durch das Gesetz vorgeschrieben ist, ansehen, dann sehen Sie, dass die Summen, die an Rückstellungen für die Renaturierungen notwendig sind, bei den Energieunternehmen deutlich höher sind und im Milliardenbereich liegen, als das, was Sie jetzt gesagt haben.

Jetzt verstehen Sie vielleicht auch – um das Thema noch einmal zu berühren –, warum Sachsen auf einmal großes Interesse daran hat, bei dem Verkaufsprozess von Vattenfall sächsische Interessen zu wahren. Wir legen nämlich genau darauf Wert, dass sie ihrer Verpflichtung gerecht werden und auch für die Renaturierung ausreichend Rückstellungen sicherstellen. Wir nutzen auch die Diskussion, die wir aktuell in Berlin – ich nenne es einmal: Klima- und Energiepolitik – dazu mit dem Bundeswirtschaftsministerium führen, um ebenfalls auf dieses Thema hinzuweisen, weil das Thema Strukturwandel, das manchmal gern mit dem Ruhrgebiet verglichen wird, mehrere Haken hat.

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet – nicht nur, dass man das Ruhrgebiet mit seinem sehr urbanen Charakter nicht mit der Lausitz vergleichen kann – wurde über Jahrzehnte hinweg mit Milliarden an Subventionen organisiert. Dementsprechend kann man durchaus noch einmal eine Erwartungshaltung gegenüber der Bundesregierung formulieren. Unabhängig davon, wie das mit der Energiepolitik weitergeht, erwarten auch wir von der Bundesregierung, dass sie ihrer Verantwortung bezüglich des Strukturwandels, der über die Renaturierung hinausgeht, gerecht wird, nämlich für einen tatsächlichen Strukturwandel in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier eintritt. Dieser Strukturwandel wird massiv fortschreiten und muss unabhängig vom Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Braunkohle realisiert werden.

Von daher sind das große Bestandteile unserer aktuellen Diskussionen sowohl mit Vattenfall als auch mit möglichen Investoren. Dabei müssen wir sowohl unsere Interessen wahren als auch in der Diskussion mit der Bundesregierung bleiben. Der

Freistaat Sachsen stellt sich diese Frage natürlich auch. Nur müssen dafür die Rahmenbedingungen geklärt werden. Genau das ist unsere Aufgabe, die wir jetzt beim Thema Energie- und Klimapolitik haben. Die sächsische Staatsregierung ist sich ihrer Verantwortung für den Strukturwandel in den Regionen sehr wohl bewusst. Die Standards, die damals mit der Sanierung der Bergbaufolgelandschaften gesetzt wurden, sind sicherlich auch Maßstab für uns.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir gehen ^{nun} jetzt in die zweite Runde. Jetzt kann das Thema Bahngipfel hinzugezogen werden. Ich erteile ~~jetzt~~ wieder der CDU-Fraktion das Wort.